

# AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

[www.ags-in-nrw.de](http://www.ags-in-nrw.de)

Ausgabe **Oktober 2010**

## seite 1

### **Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

„Quo vadis“, SPD? Die Frage, wohin die SPD geht, gehen soll, ist auch auf dem letzten Parteitag in Berlin noch nicht ausreichend beantwortet worden. Spätestens, seitdem die Folgen der Agenda2010-Beschlüsse zum Niedergang der Partei führten, sucht die SPD nach einem klaren Kurs.

In 2008, auf dem Zukunftskonvent in Nürnberg, wurde die Krise deutlich, in der sich die Partei nach 10 Regierungsjahren befand. Unter dem Motto: „Aufstieg und Gerechtigkeit“ versuchte Kurt Beck, das Thema Soziale Gerechtigkeit wieder für die SPD zu besetzen, ohne die Themen der „Mitte“ aufzugeben. Dieser Spagat gelang damals nicht und gelingt bis heute nicht ausreichend.

Die Linke hat längst mit einfachen Parolen Wahlwillige aus dem Prekariat an sich gebunden. Ein noch größerer Teil der ehemaligen Stammwählerschaft der SPD ist im Lager der Nichtwähler zu finden. Sich als Partei der Mitte und damit als Volkspartei glaubhaft aufzustellen, fällt schwer, bis heute! Dem linken Rand der Gesellschaft um jeden Preis und ohne Aussicht auf Erfolg zu umwerben heißt, in der Mitte unglaubwürdig zu werden. Der Anspruch der CDU und vor allem der FDP, als Partei der Mitte zu gelten (d. h. gemäßigt konservativ, mit sozialem Gewissen), ist durch die Realpolitik von Schwarz/Gelb im Bund und in NRW gescheitert. Die Wähler lassen sich von Schwarz/Gelb nicht länger täuschen!

CDU und FDP haben sich selbst als Klientel-Vertretung demaskiert. Nun gilt es, diese Chance zu nutzen und unzufriedene, ideologisch nicht festgelegte „Mitte“-Wähler/innen für uns zu gewinnen.

Peer Steinbrück hat es auf dem SPD-Parteitag im September mit seinen Forderungen auf den Punkt gebracht: Die SPD müsse glaubwürdige und kompetente Angebote an Existenzgründer, Mittelständler und an gut ausgebildete junge Frauen und Männer machen. „Es reicht nicht aus, über die Interessen von Rentnern und Hartz-IV-Empfängern zu reden. Wir müssen den 20- bis 30-Jährigen sagen können, wie wir uns ihre Zukunft vorstellen.“ Dies müsse die Partei durch unterschiedliche politische Charaktere auch repräsentieren. Wenn die SPD Volkspartei bleiben und bei Wahlen wieder dauerhaft über 30 Prozent gewinnen wolle, müsse die Partei drei Dinge erreichen: die soziale Balance wieder herstellen, wirtschaftliche Kompetenz inhaltlich und personell besetzen und Plattform für die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sein. Die SPD könne nur die Schutzmacht der Schwachen sein und bleiben, wenn sie nicht diejenigen geringschätzt, die hart arbeiten und sich an die Spielregeln halten. Man dürfe den „produktivistischen Kern“ der Gesellschaft nicht vergessen: „Die SPD braucht Leute, die Projekte machen“.

**Diesen Forderungen ist aus Sicht der AGS nichts hinzuzufügen.**

Siegmar Gabriel sieht auf dem Parteitag die Industrie als Grundlage des Wohlstands in Deutschland. Die Industriegesellschaft müsse zukunftsfähig bleiben. Eine



Allianz mit mittelständischen Unternehmern soll für eine gerechte Globalisierung sorgen. Gabriel erkennt die Chance der SPD, wieder als Partei der Mitte wählbar zu werden: „Merkel macht Platz in der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft. Das sind die, die sich für Aufstieg, Bildung und Leistung interessieren, aber auch für sozialen Ausgleich, Umwelt- und Verbraucherschutz.“

Diese Position machen uns die Grünen allerdings erfolgreich streitig. Gabriel erkennt, dass die Grünen Projektionsfläche für widersprüchliche Wünsche unzufriedener Wähler sind, ähnlich wie die FDP vor der Bundestagswahl. Doch Industriepolitik, Sicherheit und Soziales seien die harten Themen, um die es in Zukunft gehen werde.

Unsere Partei und auch wir, die AGS, müssen – bei aller angestrebter und gelebter Partnerschaft – die Grünen als das erkennbar machen, was sie sind: eine von einem erfolgreichen und gebildeten Wohlstandsbürgertum getragene Partei, die wenige, aber wichtige Themen besetzt. Das reicht nicht für den Anspruch der Grünen, Volkspartei zu sein oder zu werden. Aber es reicht offenbar, die Menschen zumindest kurzfristig zu begeistern, wie die Umfrageergebnisse zeigen.

Eine dem NRWSPD-Parteivorstand im Oktober vorgetragene Wahlanalyse zeigt u. a., dass die Grünen in „Boomtowns“ besonders zulegen, während wir dort Verluste hinnehmen müssen. Dass die Grünen bei jungen Leuten und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst höchste Zuwächse hat, überrascht nicht. Dass wir in Gebieten zulegen konnten, die mittelständisch geprägt sind, sollte uns Mut machen. Mit differenzierten Antworten auf Fragen unserer Zeit (s. „Stuttgart 21 ist überall“, S. 3), mit Problemlösungen, die keiner kleinen Gruppe, sondern breiten Bevölkerungskreisen zu Gute kommen, müssen wir glaubhaft um Wähler werben. Unsere Bildungspolitik muss Aufstiegschancen unabhängig von der Herkunft zur Regel werden lassen. (Weiter-) Bildung in Schule und Beruf ist unser Thema, wir sind die Partei der Aufsteigewilligen. Dazu muss die Partei allerdings konkretere Aussagen erarbeiten, als auf denn letzten Parteitag zu hören waren.

Lasst uns bei der Erneuerung der SPD helfen, z. B. durch Mitarbeit bei den in Bund und Land geplanten Themen-Workshops und Foren. Lasst uns als AGS den Kontakt zu den Kammern intensivieren und berechnete Forderungen übernehmen (s. „Einsatz für das Handwerk“, S. 4). Durch die Erarbeitung konkreter Problemlösungen muss erkennbar werden: Die AGS ist DER Vertreter klein- u. mittelständischer Unternehmensinteressen! In diesem Sinne die Wiederholung eines (inzwischen abgewandelten) Aufrufs: **„Es gibt viel zu tun: MACHEN WIR WEITER!“**

## INHALT

- SEITE 1 / EDITORIAL:  
André Brümmer: „Quo vadis, SPD?“ .....S. 1
- STAND•PUNKT:  
André Brümmer: „Stuttgart21 ist überall“ .....S. 3
- PRESSEMITTEILUNGEN:  
AGSNRW: „Einsatz für das Handwerk“ .....S. 4  
NRWSPD: „Fachgespräch zur Änderung des Gemeindefachrechts der SGKNRW“ .....S. 4
- DAZU EIN KOMMENTAR VON ANDRÉ BRÜMMER:  
„Einigung in Sicht?“ .....S. 6
- VORANKÜNDIGUNG:  
Sonderheft AGS:NACHRICHTEN / AK Finanzen .....S. 6
- AUS DEN REGIONEN  
AGS GE: Besuch beim CJD in Herten .....S. 7  
AGS HER: Grüne Flotte im Betrieb.....S. 8  
AGS DO: Neuwahl des Unterbezirksvorstands .....S. 8  
AGS RegioAachen: Treffen mit der HWK Aachen...S. 9  
AGSNRW: Wirtschaftsunioren Köln zu Gast.....S. 9
- AUS DER PRESSE  
DerWesten: „Minister zwingt Handwerker zu neuen Autos“ .....S. 10
- DAZU EIN KOMMENTAR VON ANDRÉ BRÜMMER:  
„Übergangsregelung muss verlängert werden“ ..S. 10
- REDAKTIONSSCHLUSS, TERMINE, IMPRESSUM .....S. 10

[www.ags-in-nrw.de](http://www.ags-in-nrw.de)



In diesem Sinne: Glück auf!

**André Brümmer**  
AGS-Landesvorsitzender NRW

## STAND•PUNKT

**ANDRÉ BRÜMMER:**

### **STUTTGART 21 IST ÜBERALL**

**Die AGSNRW setzt sich auch für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen und eine gute Infrastruktur ein. Aktuell zeigt Stuttgart 21, welche Probleme mit einem solchen Großprojekt verbunden sind. Ist Stuttgart 21 überall, auch in NRW?**

Eine bekannte Weisheit der Cree-Indianer lautet: *Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann.* Öko-Fundamentalisten leiten aus dieser Warnung die Forderung ab, den Wald sich selbst, die Flüsse den Flussgeistern und die Fische den Bären und Fischreihern, allenfalls noch Anglern zu überlassen.

Manche Marktliberale vertreten gegensätzliche Positionen: Macht Euch die Erde (hemmungslos) untertan! Regenwälder abzuholzen bringt Profit! Flüsse sind natürliche (und billige) Abwasserleitungen! Fische sind dazu da, sie rücksichtslos als Fischstäbchen und Fischmehl zu vermarkten!

Vergleichbar gehen auch die Meinungen bei Großprojekten wie z. B. Stuttgart 21 auseinander. Bei dieser Polarisierung ist es schwer, einer differenzierten Meinung Gehör zu verschaffen.

Bleiben wir beim Beispiel Stuttgart. Es ist begründbar, das gesamte Projekt abzulehnen, politische Legitimation hin oder her. Es ist simpel, das Projekt rücksichtslos durchsetzen zu wollen, nach dem Motto: „Augen zu und durch“. Da haben es die Genossinnen und Genossen im Ländle schwer mit ihrer „sowohl als auch“-Haltung. Nach ihrer Zustimmung für das Projekt hat sich die Situation so verändert, dass ein Innehalten und Überdenken sinnvoll erscheint. Rechtfertigen die exorbitant gestiegenen Baukosten und die bisher von CDU/FDP und Bahn verschleierte Planungsmängel ein einfaches „Weiter so“? Muss nicht auf der Grundlage erst jetzt bekannt gewordenen Fakten geprüft werden, ob und wie es weiter geht? Ist speziell dieses Prestige-

Projekt noch vertretbar in einer Zeit, in der um 5 € für arme Kinder gerungen wird? Ist es nicht höchste Zeit, die von der CDU einst versprochene, aber nicht durchgeführte Bürgereinbindung (Bürgerentscheid) durchzuführen?

Die Haltung der SPD wird von der Presse gerne als lavieren und herumeiern kritisiert. Aber die SPD vertritt den einzig gangbaren Weg, technische Großprojekte in unserer Zeit noch realisieren zu können. Das gilt auch und gerade für NRW. Wir sind noch immer ein wichtiger Industriestandort. Das bedeutet: Wir müssen uns um Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen bemühen. Wir müssen uns für eine gute Infrastruktur einsetzen. Aber es bedeutet auch: Umweltschutz ernst nehmen. Politische Verantwortung tragen heißt für die NRWSPD: Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie anstreben. Für notwendige Industrie- und Infrastruktur-Projekte werben und sachlich informieren. Auflagen so gestalten, dass sie technische Vorhaben nicht automatisch verhindern, sondern für möglichst große Umweltverträglichkeit sorgen. Für CDU und FDP hat ökologische Politik nur eine Alibi-Funktion. Eine fundamentale Umweltpolitik führt zu verantwortungsloser Vernichtung von Arbeitsplätzen und verminderter Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Unsere Antwort auf die Warnung der Cree-Indianer lautet: *Waldwirtschaft nachhaltig betreiben, Flüsse rein halten und als ökologisch sinnvollen Transportweg nutzen, Fischfang-Regeln durchsetzen, die eine Überfischung verhindern und Fisch als Nahrungsquelle auch für zukünftige Generationen bewahren.*

Die genannten Wirtschaftszweige sorgen für (auskömmlichen?) Lohn der dort Beschäftigten und Profit der Unternehmer. Aber Profit ist nicht alles! Geld kann man nicht essen, aber: ohne Geld kein Essen!

Ist Stuttgart 21 überall? Nein! Dort, wo verantwortlich regiert wird, z. B. in NRW, bisher in dieser Form (noch) nicht. Zu einer Situation wie bei Stuttgart 21 darf es in NRW nicht kommen. Mit verantwortlicher Politik und Einbindung der Bürger müsste das zu schaffen sein. <

## HANDWERK

### **PRESEMITTEILUNG DER AGSNRW VOM 19.10.2010: AGSNRW-EINSATZ FÜR DAS HANDWERK**

**Am 1.10.2010 trafen sich in der Handwerkskammer Düsseldorf Josef Zipfel, neuer Hauptgeschäftsführer des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages (NWHT), und André Brümmer, Vorsitzender der AGSNRW.**

In dem Gespräch ging es u. a. um die geplante Änderung der Gemeindeordnung („Regelung der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden“, § 107). Die rot-grüne Landesregierung möchte die unter dem Motto „Privat vor Staat“ durchgesetzten Änderungen zurücknehmen und die Gemeindeordnung wieder mehr am Allgemeinwohl ausrichten. Dabei müssen nach gemeinsamer Überzeugung von NWHT und AGS die neuen Regelungen auch Interessen des Handwerks berücksichtigen. Das örtliche Handwerk muss für die Gemeinden wieder ein wichtiger Auftragspartner werden und sich in einem fairen Wettbewerb mit Konzernen und Stadtwerken behaupten können.

Ein zweites Thema war der Luftreinhalteplan in NRW. Die Innenstädte mit Umweltzonen können bisher mit dem Handwerker-Parkausweis (als Ausnahmeregelung) auch mit älteren Firmenfahrzeugen befahren werden. Diese Regelung läuft zum 31.12.2010 aus, bisher ersatzlos. NWHT und AGS fordern, die bisherige Regelung als Übergangsregelung so lange beizubehalten, bis es eine neue (geplant: bundesweite) Regelung gibt. Es muss Planungssicherheit für das Handwerk erreicht werden.

Beide Themen wurden noch am gleichen Tag von André Brümmer im Parteivorstand der NRWSPD angesprochen, mit der Zusage von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, sich für die Belange des Handwerks einzusetzen. <

Alle Pressemeldungen der AGSNRW hier:  
[www.ags-in-nrw.de/presse.htm](http://www.ags-in-nrw.de/presse.htm)

### **PRESEMITTEILUNG DER NRWSPD VOM 20.10.2010: FACHGESPRÄCH ZUR ÄNDERUNG DES GEMEINDEWIRTSCHAFTSRECHTS DER SGKNRW**

**Die Freiheit von Stadtwerken und anderen kommunalen Unternehmen bei der Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge, insbesondere im energiewirtschaftlichen Bereich, muss wieder erweitert werden.**

Das war einhellige Meinung der Teilnehmer des Fachgesprächs der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW (SGK NRW). Über 100 VertreterInnen aus Verbänden, Unternehmen, Verwaltung und Kommunalpolitik konnte Bernd Scheelen, MdB aus Krefeld und stv. SGK-Landesvorsitzender, am Dienstag im Landtag zur Diskussion über die geplanten Änderungen des Gemeindegewirtschaftsrechts begrüßen.

Hans-Willi Körfges, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, stellte zunächst den gemeinsamen Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN vor. Er betonte, dass in keinem anderen Bundesland die kommunalen Unternehmen so stark gefesselt würden wie in NRW. Dadurch komme es zu erheblichen Wettbewerbsbenachteiligungen z.B. gegenüber Stadtwerken anderer Bundesländer und die wirtschaftliche Lage der Kommunen werde massiv verschlechtert. Dies wolle die neue Landesregierung und die rot-grüne Koalition wieder ändern und zu einem zeitgemäßen Gemeindegewirtschaftsrecht kommen.

Die aktuelle Regelung hatten CDU und FDP 2007 in der Gemeindeordnung verankert und damit die effektive Sicherung der Daseinsvorsorge durch die Kommunen erheblich erschwert. Der Vorrang privatwirtschaftlicher Betätigung vor der öffentlichen Daseinsvorsorge, ausgedrückt in der Formel „Privat vor Staat“ sei rein ideologisch begründet. Dass die Kommunalwirtschaft nur noch nachrangig tätig werden dürfe, wenn ein „dringender“ öffentlicher Zweck dies erfordere, sei nicht nachvollziehbar.

## HANDWERK

Das Versprechen vom „Bestandsschutz“ wirtschaftlicher Betätigung sei rückwärtsgewandt, weil Bestandsschutz in dynamischen Märkten Rückschritt bedeute. Körfges betonte, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ein Angebot an die anderen Landtagsfraktionen gemacht werde. Die weitergehenden Vorstellungen der SPD hätten keine Berücksichtigung gefunden, um nicht in die Falle ideologischer Scheindebatten zu gehen. „Wir wollen die Lage der kommunalen Unternehmen konkret verbessern, darum geht es“ so Körfges.

Dies konnten die beiden Referenten Markus Moraing, Geschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen in NRW (VKU) und Guntram Pehlke, Vorstandsvorsitzender der Dortmunder Stadtwerke (DSW 21) nur unterstützen: „Es ist ausgesprochen wichtig, dass der Gesetzentwurf eine Mehrheit im Landtag findet“, so Moraing. „Wir müssen das Gemeindefortschrittsrecht von ideologischen Scheuklappen befreien.“ Die Verschärfungen seien in der Vergangenheit nicht so spürbar geworden, weil die frühere Landesregierung große Verfahren – vorbei an den Festlegungen der Gemeindeordnung – politisch entschieden habe. Man habe es heute nicht mit Klarheit, sondern mit Unklarheit zu tun, nicht mit Chancengleichheit, sondern Benachteiligung. Auf privater Seite ständen vor allem die vier großen privaten Energieversorger, denen die Stadtwerke wohl kaum gefährlich werden können, so Moraing weiter.

Guntram Pehlke betonte die drei Unterschiede zwischen privaten und kommunalen Unternehmen wie folgt:

1. Die Stadtwerke arbeiten mit dem Geld der Bürger. Ihr Auftrag ist nicht in erster Linie die Gewinnmaximierung, sondern die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung.
2. Stadtwerke und lokales und regionales Handwerk sind Partner. Die Aufträge der Stadtwerke gingen in erster Linie an sie und stärkten Wirtschaft und Arbeitsmarkt vor Ort.

3. Deshalb habe die Kommunalwirtschaft auch das Recht, Chancengleichheit mit der Privatwirtschaft zu verlangen und nicht etwa benachteiligt zu werden. Dies gelte auch, wenn es um zusätzliche Kriterien ginge, wie beispielsweise Tariftreue, soziale Standards oder ökologische Ziele wie mehr Energieeffizienz, die sinnvoll seien.

Pehlke hob aus Sicht der Stadtwerke hervor, dass es in Nordrhein-Westfalen im Bereich Energieversorgung viele Stadtwerke aus anderen Bundesländern am Markt gebe, die hier frei operieren könnten. Andersherum dürften nordrhein-westfälische Stadtwerke nicht in Konkurrenz zu den anderen Stadtwerken treten. Dies verbiete die Gemeindeordnung. „Ich darf in meinem Spielfeld verteidigen, aber nicht in die gegnerische Hälfte, während sich der Gegner in meiner Spielhälfte tummelt. Da kann man nur verlieren“, verglich er die Lage mit einem Fußballspiel.

Moraing und Pehlke betonten, dass die kommunalen Unternehmen keine Vorteile am Markt wollen, aber Nachteile gegenüber öffentlichen und privaten Unternehmen abgebaut werden müssen.

In der anschließenden Diskussion wurde die Initiative der Rot-Grünen Landtagsfraktionen einhellig begrüßt. Befürwortet wurden die Erleichterungen zu Gründung und Beteiligung von Unternehmen im Rahmen des § 108 des Gesetzentwurfes.

Bedenken äußerten die Vertreter der Industrie- und Handelskammer, des Handwerkstages NRW und des Verbandes der Garten-, Landschafts- und Sportplatzbauer. Sie befürchteten, dass die Erweiterung der energiewirtschaftlichen Betätigung auf damit verbundene Leistungen (§ 107a Abs. 2) die kleinen und mittelständischen Unternehmen vor Ort benachteilige. Darauf erwiderte Guntram Pehlke, dass die kommunalen Unternehmen der ideale Partner für das Handwerk seien. Für einen Mitarbeiter in seinem Unternehmen werden in etwa 1,7 Handwerker mitfinanziert. Dies werde sich auch nach einer Gesetzes-

## HANDWERK

änderung nicht ändern. Die besondere Bedeutung des Handwerks durch einen Entschließungsantrag im Wege des Gesetzgebungsverfahrens zu betonen, konnte sich Hans Willi Körfges gut vorstellen. Abschließend bedankten sich Bernd Scheelen und Bern-

hard Daldrup für die Teilnahme an der Veranstaltung und appellierten an die Teilnehmer, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um in Gesprächen mit Politikern für eine entsprechende Zustimmung zum Gesetz im Landtag zu werben. <

### DAZU EIN KOMMENTAR VON ANDRÉ BRÜMMER:

#### GEMEINDEWIRTSCHAFTSRECHT (§107) EINIGUNG IN SICHT?

**Die AGS hat sich im Interesse des Handwerks, aber auch in Verantwortung für die Kommunen und Optimierung der Daseinsvorsorge seit Jahren mit den jeweiligen Änderungen des Gemeindegewirtschaftsgesetzes beschäftigt.**

Änderungen des jeweils geltenden Gemeindegewirtschaftsrechts entwickeln sich offenbar zum Steckenpferd jeder neuen Landesregierung. Ziele wie „Stärkung der Kommunen/Stadtwerke“ und „Privat vor Staat“ erscheinen unvereinbar. Dabei sind Positionen denkbar, die alle Interessen berücksichtigen.

Dazu gehört, das örtliche Handwerk nicht zu „vergessen“, sondern seine berechtigten Interessen zu berücksichtigen. Die besondere Bedeutung des Handwerks durch einen Entschließungsantrag im Wege des Gesetzgebungsverfahrens zu betonen, könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein. Die Tätigkeitsfelder von Privat und Staat müssen abgegrenzt werden, d.h. der Hausbereich muss dem Handwerk vorbehalten bleiben. Am Ende sollte ein zukunftsbeständiger Gesetzesentwurf stehen, der mit breiter Mehrheit beschlossen werden kann. Maximal-Positionen müssen geräumt werden und einer einvernehmlichen Lösung Platz machen. Die AGS wird sich weiter in den Prozess einbringen, in engem Kontakt mit den Kammern und der NRWSPD. <

## VORANKÜNDIGUNG

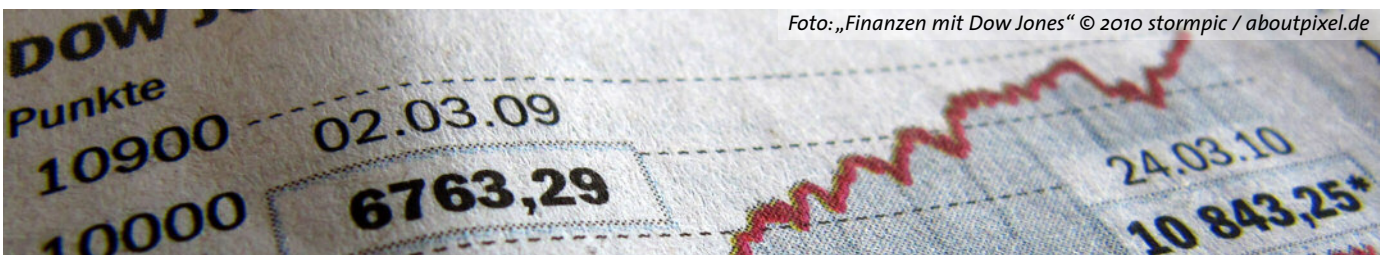


Foto: „Finanzen mit Dow Jones“ © 2010 stormpic / aboutpixel.de

#### ARBEITSKREIS „FINANZEN“: SONDERAUSGABE DER AGS:NACHRICHTEN

**Etwa Mitte November wird eine Sonderausgabe der AGS:NACHRICHTEN aus dem AK Finanzen erscheinen.** Sie beinhaltet unter anderem einen Kommentar von Christiane Schmitz zum wirtschafts- und finanzpolitischen Beschluss des SPD-Bundesparteitages vom

26. September 2010 hinsichtlich des Themas „*Investitionen statt Spekulationen – Eine neue Ordnung für die Finanzmärkte*“ sowie ein von Dr. Dieter Schmid und Peter Hilliger (beide AGS Bayern) entwickeltes Papier mit dem Titel „*Die Bewältigung der Finanzkrise – Chancen für eine Neuorientierung*“. Sobald die Sonderausgabe verfügbar ist, werden wir unsere Abonnenten darauf hinweisen. <

## AUS DEN REGIONEN

### AGS GELSENKIRCHEN

#### BESUCH BEIM CJD IN HERTEN

**Interessiert am CJD Herten zeigten sich 14 Gäste der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS) aus den Verbänden Gelsenkirchen und Recklinghausen. Sie besichtigten die Werkstätten des CJD an der Langenbochumer Straße 379, in denen beinträchtigte und benachteiligte junge Menschen durch die Vermittlung von praktischen Kenntnissen und Erfahrungen auf eine spätere Ausbildung vorbereitet werden.**

Bei der Führung über das Werkstattgelände gingen die Besucher durch die Metall-, Maler- und Schreinerwerkstatt. Der Tischlermeister und Ausbilder Christoph Staretschek erläuterte anschaulich die Inhalte der berufsvorbereitenden Maßnahmen und betonte die besonderen Anforderungen bei der Vermittlung von handwerklichen Fähigkeiten. „Bei uns lernen sie zunächst einmal, sich an einen geregelten Tagesablauf zu gewöhnen“, so Staretschek. „Deshalb ist bei uns Auszubildern neben einer fundierten handwerklichen Qualifikation auch pädagogisches Einfühlungsvermögen gefragt, um die jungen Menschen umfassend und qualifiziert betreuen zu können“. Einen plastischen Eindruck von der Arbeit in den Werkstätten des CJD Herten konnten die Gäste direkt mit nach Hause nehmen: Nach der Besichtigung erhielten sie ein von den Jugendlichen selbst gefertigtes Solitär-Spiel.



Aber auch der Netzwerkgedanke spielte eine wichtige Rolle bei der Veranstaltung. „Wir freuen uns be-

sonders über den Besuch, weil wir so die Gelegenheit haben, unsere Arbeit weiter bekannt zu machen und neue Freunde und Förderer zu finden“, sagt Marco Schlicht, Jugenddorfleiter des CJD Herten. „Mich haben Sie schon als Unterstützerin gewonnen und, ich bin sicher, auch einige andere aus dieser Runde!“ sagte die Vorsitzende der AGS Gelsenkirchen, Eva-Maria Siuda, am Ende des Abends. „Denn es ist sichtbar und spürbar, mit wie viel Engagement und Herzblut Sie sich um die (jungen) Menschen kümmern! Die Wirtschaft braucht Einrichtungen wie die Ihre, die Menschen ermutigt, ihre Chancen zu erkennen, zu nutzen und sich zu qualifizieren.“

*Das CJD Herten ist ein dezentraler Verbund berufsbildender, sozialtherapeutischer und sozialer Einrichtungen. Es hat seinen Sitz in der ehemals größten Bergbaustadt Europas, welche mit den direkt angrenzenden Städten, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Herne und Marl ein echtes Stück „Revier“ bildet. Das CJD Herten verfügt als Bildungsträger über Werkstätten in unterschiedlichen Gewerken und führt berufsvorbereitende Maßnahmen, überbetriebliche Ausbildungen, Integrationskurse sowie Trainingsmaßnahmen durch. Das CJD Herten betreut zudem jugendliche und junge erwachsene Mütter in einem speziellen Mutter-Kind-Haus und hilft Jugendlichen bei der Persönlichkeitsstabilisierung. Im CJD wohnen, leben, lernen und arbeiten zu können, ist für viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine große Chance, ihr Leben in geregelte Bahnen zu lenken. Das CJD Herten ist eine Einrichtung im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD). Zur Webseite: [www.cjd-herten.de](http://www.cjd-herten.de).*



## AUS DEN REGIONEN

### AGS HERNE

#### GRÜNE FLOTTE IM BETRIEB

**Für Unternehmen und Selbstständige ist es heutzutage wichtiger denn je, mobil zu sein. Kunden und Geschäftspartner schätzen und erwarten eine hohe Flexibilität. Die betriebliche Mobilität ist aber nicht nur ein nicht zu unterschätzender Faktor direkter Kosten, sondern auch langfristiger Ausgaben und betrieblicher Entwicklung.**

Deshalb war die AGS Herne beim Arbeitskreis Umwelt des Herner SPD-Unterbezirks am 14.9.2010 zu Gast. Im Vortrag des Vorsitzenden des VCD-Kreisverbandes Bochum / Gelsenkirchen / Herne, Jürgen Eichel, wurden verschiedene Aspekte betrieblichen Verkehrs dargestellt. Dabei ging es zum einen um alternativen Frachtverkehr und zum zweiten um den betrieblichen Personenverkehr („Berufsverkehr“, „Geschäftsreisen“ usw.). Erste Initiativen „Mit dem Fahrrad zum Betrieb“ haben sich dem Thema alternativer Verkehre bereits angenommen, doch ist dieses Thema weiter ausbaufähig, wie zum Beispiel auch betriebliche oder betriebsübergreifende Fahrgemeinschaften.

In die Diskussion eingebracht wurden auch Ergebnisse des Verkehrsgipfels Ruhr, über die Genossin Kirsten Eink referiert. Dieser Verkehrsgipfel fand, veranstaltet von „pro Ruhrgebiet“, am 7.9.2010 in Gelsenkirchen statt, wobei das Ulmer Modell „Car2Go“ (ca. 18.000 registrierte Nutzer bei 170.000 Einwohnern in Ulm), Elektro-Mobilität und „MetroRadRuhr“ als größtes Fahrradverleih-System in Deutschland die wesentlichen Themen waren. Als weiteres Thema alternativer betrieblicher Verkehre wurde auch das Voranbringen der Bahn genannt, wobei nicht ihre Fahrzeuge im Mittelpunkt der Überlegungen standen, sondern der Zustand von Schienennetz und weiterer technischer Anlagen sowie diverse Streckenführungen (z.B. fehlende Direkt-Verbindung der Flughafenbahnhöfe Düsseldorf/Frankfurt, fehlende Bypass-Lösungen).

Das vom Bund geförderte Programm „Grüne Flotte im Betrieb“ kann von Betrieben und Selbstständigen konkret genutzt werden, die sich unter der Adresse [www.vcd.org](http://www.vcd.org) informieren, sich aber auch an den örtlichen VCD-Kreisverband wenden können, um ökologisch und ökonomisch sinnvolle Mobilitätslösungen zu erarbeiten und so Flexibilität zu erhalten und gleichzeitig Kosten zu sparen.

Auf diese Weise gewinnen alle Beteiligten – die Umwelt, die selbständigen Unternehmer und über den geschaffenen Wettbewerbsvorteil auch deren Arbeitnehmer. <

### AGS DORTMUND

#### NEUWAHL DES UNTERBEZIRKSVORSTANDS



Michael Henke

**Auf ihrer Unterbezirkskonferenz am 26.10.10 hat die Dortmunder AGS einen neuen Unterbezirksvorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist der 45-jährige Dipl.-Ingenieur Michael Henke, seine Stellvertreter sind der Grafik-Designer Jürgen Gutermann sowie Rechtsanwalt Franz Rüter, der nach 8 Jahren in diesem Amt nicht mehr für den Vorsitz kandidierte.**

Den neuen Vorstand vervollständigen die Beisitzer Dr. Andreas Bach, Dr. André Bartholome, Dirk Goosmann, Manuel Kabis, Thomas Krause, Kornelia Michalski, Gisela Refflinghaus und Barbara Wenzel.

Zuvor hatte der Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau in seinem Vortrag die beeindruckende Bilanz der Stadt anhand verschiedener Kenngrößen vorgestellt. Daran schloss sich ein Vortrag von Ulrich Smorra vom Dortmunder Job-Club über die Arbeit des Beschäftigungspaktes „BestAger“ an.

Gast der Veranstaltung war außerdem André Brümmer, Landesvorsitzender der AGS in NRW. <



## AUS DEN REGIONEN

### AGS REGIO AACHEN

#### TREFFEN MIT DER HWK AACHEN

**Am 13.10.2010 trafen sich in der Handwerkskammer Aachen deren Hauptgeschäftsführer Ralf Barkey, Georg Stoffels, zuständig für Handwerksorganisation, und André Brümmer, Vorsitzender der AGS in der Regio Aachen, zum Meinungsaustausch.**

#### Themen waren:

- a. die geplante Änderung der NRW-Gemeindeordnung, u. a. die Regelung wirtschaftlicher Betätigung der Gemeinden in § 107.
- b. der Luftreinhalte-Plan in NRW; Handwerker-Parkausweis als Ausnahme-Fahrgenehmigung.

Beide Themen wurden auch mit Vertretern des NWHT besprochen (s. Pressemitteilung, S. 4).

Weiterhin Probleme haben Handwerker mit außereuropäischem Migrationshintergrund: Die von ihnen in ihrer alten Heimat erlernten Berufe dürfen sie bei uns als Selbständige oft nicht ausüben. Es ist kaum vermittelbar, dass ein bulgarischer Friseur aufgrund EU-rechtlicher Anerkennungsregeln hier einen Betrieb führen darf, sein türkischer Kollege aber nicht.

Bildung und Ausbildung sind Schlüssel zur gelungenen Integration. Wenn mehr unserer türkischen Kolleginnen und Kollegen nach geprüfter Eignung ausbilden dürfen, könnten viel mehr junge Leute eine Ausbildung erhalten. Eine geplante Veranstaltung soll zur Information türkisch-stämmiger Gewerbetreibender beitragen.

Herr Barkey machte auf einen Misstand aufmerksam, die Berufliche Bildung betreffend: In NRW nutzen jedes Jahr ca. 260 Tsd. Menschen handwerkliche Berufsbildungseinrichtungen. Trotzdem ist die staatliche Förderung dieser Bildungs-Maßnahmen völlig unzureichend. Er nannte einen Sanierungsbedarf von ca. 80 Mio. Euro bei den genutzten Gebäuden.

Bei der Verteilung von Konjunkturpaket-Mitteln blieb das nahezu unberücksichtigt. Andre Brümmer wird sich mit der Landes- und Bundes-AGS für eine Gleichbehandlung von gewerblich-technischer und schulischer Bildung einsetzen.

Eine Fortsetzung des konstruktiven Meinungsaustausches wurde vereinbart. <

### VORSTANDSSITZUNG DER AGSNRW IN KÖLN WIRTSCHAFTSJUNIoren ZU GAST

**Auf unserer letzten AGSNRW-Vorstandssitzung am 12. Oktober hatten wir als Vertreter der Wirtschaftsjunioren (WJ) Köln Herrn Severin Brinkmann zu Gast, Rechtsanwalt aus Köln. Den Kontakt zu den WJ hatte unser Vorstandsmitglied Christiane Schmitz hergestellt.**

Christiane Schmitz nahm an einer Podiumsdiskussion der WJ Köln teil und vereinbarte in Folge einen Austausch zu insbesondere überregionalen Themen. Herr Brinkmann stellte unseren Vorstandsmitgliedern die WJ vor. Auf ihrer Internet-Seite beschreiben sie sich wie folgt:

*Wir sind junge Unternehmer und Führungskräfte bis 40 Jahre, mit über 10.000 Mitgliedern in Deutschland. Unser Einsatz und unsere Mühen sind von klar umrissenen Zielen getragen. Im Vordergrund stehen:*

- *das Verantwortungsbewusstsein zur Bewältigung sozialer und ökologischer Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft,*
- *das Verständnis für die Eigenverantwortung des Einzelnen,*
- *die Anpassung des Bildungssystems an die Anforderungen der Wirtschaft.*

*Wir sind 8 Arbeitskreise, 111 Mitglieder, 150 Fördermitglieder, 50 Interessenten.*

Die AGSNRW wird sich an einem weitergehenden Austausch gerne beteiligen. <

## IN LETZTER MINUTE: „AUS DER PRESSE“

### UMWELTZONEN

#### MINISTER ZWINGT HANDWERKER ZU NEUEN AUTOS

DerWesten.de, 29.10.2010, Tobias Blasius

**Düsseldorf. NRW-Umweltminister Rimmel streicht die Sondererlaubnis, mit Fahrzeugen ohne Plakette in Umweltzonen zu fahren.**

**„Das ist ein Super-GAU für das Handwerk“, schimpft die Handwerkskammer Düsseldorf.**

Nordrhein-Westfalens Handwerker machen Front gegen den neuen Umweltminister Johannes Rimmel. Hintergrund ist die Weigerung des Grünen-Politikers, älteren Firmenfahrzeugen auch weiterhin die Einfahrt in die 15 Umweltzonen des Landes zu gestatten. Bislang profitieren Handwerker-Autos, die keine Umweltp plakette bekommen, von einer Sondererlaubnis, die unbürokratisch an den so genannten Handwerkerparkausweis gekoppelt ist.

Damit soll Ende des Jahres aber Schluss sein. Umweltminister Rimmel will Ausnahmen nur noch unter strengen Auflagen gewähren. So müssten die Handwerker künftig nachweisen, dass ihre Fahrzeuge technisch nicht nachrüstbar sind oder der Aufwand wirtschaftlich nicht zumutbar wäre.

„Das ist ein Super-GAU für das Handwerk und käme für Hunderte Betriebe einem Gewerbeverbot gleich“, schimpft Thomas Köster, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Düsseldorf. Der zu erwartende bürokratische Aufwand für die zumeist kleinen Unternehmen sei „unzumutbar“.

Die Handwerksbetriebe hätten ausreichend Zeit gehabt, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen, erklärte auf Anfrage ein Sprecher des Umweltministers. Die Ausnahmegenehmigung für das Handwerk sei von vornherein befristet gewesen und werde nun durch eine einheitliche Regelung ersetzt. „Wir greifen nur dem vor, was demnächst bundesweit Praxis sein wird“, so der Ministeriumssprecher. „Das ist pure Ideologie, ohne jeden ökologischen Nutzen“, wettert Kammerpräsident Wolf-

gang Schulhoff. Er will sich bei Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) für eine Übergangslösung einsetzen.

Firmeninhaber wie Rudolf Heidrich, Dachdeckermeister aus Essen, stehen andernfalls offenbar vor einem ernstem Problem. Sieben seiner 15 Fahrzeuge könnten künftig nicht mehr genutzt werden. Er müsste einen Großkredit aufnehmen, um den Fuhrpark rasch zu erneuern. „Dabei ist die Schadstoffbelastung ohnehin gering, weil meine Leute ja nur morgens den Wagen beladen und damit zur Baustelle fahren“, so Heidrich.

Das Thema brennt den Handwerkern an Rhein und Ruhr unter den Nägeln. Bei einer kammerinternen Umfrage hatten 5.290 Betriebe mit 23.422 Fahrzeugen zum Teil existenzielle Bedenken angemeldet. <

### DAZU EIN KOMMENTAR VON ANDRÉ BRÜMMER:

Die Problematik ist im vorstehenden Artikel treffend beschrieben. Die HWK Düsseldorf hat zum Thema eine **Presseerklärung** abgegeben, die wir inhaltlich unterstützen. Bevor eine einheitliche Bundesregelung in Kraft tritt, darf in NRW keine Situation geschaffen werden, die Handwerksbetriebe nachhaltig schädigt. Die Folgen hätten auch die Verbraucher zu tragen! Unsere Forderung an das Umweltministerium lautet: Die bestehende Übergangsregelung muss über den 31.12. hinaus verlängert werden! <

### TERMINE

**Alle aktuellen Veranstaltungshinweise finden sich auf unserer Webseite:**

> [www.ags-in-nrw.de/termine.htm](http://www.ags-in-nrw.de/termine.htm)

Redaktionsschluss für die Novemberausgabe der AGS:NACHRICHTEN ist der 21.11.2010.

Bis zur nächsten Ausgabe

**André Brümmer**

AGS-Landesvorsitzender NRW